

### Frau spendet für Schulreisen

**Kriens** Für obligatorische Schul- anlässe wie Schulreisen oder Lager dürfen Eltern maximal die Verpflegungskosten in Rechnung gestellt werden. Das hat das Bundesgericht 2017 entschieden. Für Mehrkosten müssen seither die Gemeinden aufkommen (Artikel vom 2. Juli). Deren Budget für Schulausflüge ist aber oft knapp oder gar nicht vorhanden. Wie auch in der Gemeinde Kriens, wo wegen des Bundesgerichtsentscheids etliche Anlässe gestrichen oder bloss in reduziertem Umfang durchgeführt worden. Traurig findet das die 79-jährige Gertraud Bögli – und hat sich kurzerhand dazu entschlossen, der Volksschule Kriens 10 000 Franken zu spenden. Das schreibt «20 Minuten». Ein Einzahlungsschein habe ihr die Schulleitung bereits gesprochen, und auch der Rektor habe sich vielfach bedankt. «Dabei geht es mir nur um die Kinder», wird die Frau weiter zitiert.

Markus Buholzer, Rektor der Krienser Volksschule, bestätigt auf Anfrage, dass er von Frau Bögli kontaktiert worden sei. «Weitere Angaben werde und kann ich aber nicht machen.» Unbeantwortet bleibt somit, ob das versprochene Geld tatsächlich eingetroffen ist und für welche konkreten Projekte man es verwenden will. Unklar ist auch, ob die Krienser Schulen noch weitere private Spendengelder erhalten haben, um Projekte abseits des Schulalltags zu finanzieren. (zar)

### E-Biker stürzt in Ron und stirbt

**Root** Ein E-Bike-Fahrer fuhr gestern Morgen an der Reuss entlang in Richtung Gisikon. Kurz nachdem der 72-jährige Schweizer beim Reussfeld auf dem Josef-Roos-Weg die Ron überquert hat, stürzte er und fiel in den Bach. Der Mann wurde durch Rettungskräfte geborgen. Trotz Reanimation verstarb er noch am Unfallort. (pd/zfo)

### Luzerner Zeitung

Verleger: Peter Wanner.  
 Leiter Publizistik: Pascal Hollenstein (pho).  
 Ombudsmann: Rudolf Mayr von Baldegg, r.mayr@vnbaldeg@mvb-bieri.ch.  
 Geschäftsführer: Jürg Weber und Dietrich Berg.  
 Werbemarkt: Stefan Bai und Paolo Placa.  
 Lesermarkt: Bettina Schibli und Christine Bolt.  
 Adresse: Mailhofstrasse 76, Luzern, Telefon 041 429 52 52.  
 Chefredaktion: Chefredaktor: Jérôme Martinu (jm). Stv. Chefredaktion: Roman Schenkel (rom, Leiter überregionale Ressorts); Christian Peter Meier (cpm, Leiter Regionale); Flurina Valsecchi (flu, Leiterin Online).  
 Redaktionsleitung: Cyril Arogger (ca, Leiter Sport); Robert Bachmann (bac, Leiter Redaktionsentwicklung Digital); Sven Gallinelli (sg, Leiter Gestaltung); Lukas Nussbaumer (mus, stv. Leiter Regionale); Sasa Rasic (ras, Leiter Zentralschweiz am Sonntag); Arno Renggli (are, Leiter Gesellschaft und Kultur); Harry Ziegler (haz, Chefredaktor Zuger Zeitung).  
 Ressortleiter: Alexander von Däniken (avd, Kanton); Kari Kälin (kk, Politik); Robert Knobel (rk, Stadt/Region); René Leupi (le, Sport/Kino); Hans Graber (hag, Leben); Regina Grütter (reg, Apero/Kino); Lene Horn (len, Foto/Bild).  
 Adresse: Mailhofstrasse 76, Postfach 3351, 6002 Luzern.  
 Redaktion: Telefon 041 429 51 51, Fax 041 429 51 81, redaktion@luzernerzeitung.ch  
 Abonnements und Zustelldienst: Telefon 041 429 53 53, Fax 041 429 53 83, leserservice@lzmedien.ch  
 Billetverkauf: Tel. 041 429 53 55.  
 Anzeigen: LZ-Corner, Mailhofstrasse 76, 6002 Luzern, Tel. 041 429 52 52, E-Mail: inserate@lzmedien.ch, Postadresse: NZZ Media Solutions AG, Mailhofstrasse 76, 6002 Luzern.  
 Auflage: Verbreitete Auflage: 113 991 Exemplare; verkaufte Auflage: 105 949 Exemplare (NEMF 2018).  
 Abonnementspreise: Print und Digital: Fr. 44.– pro Monat oder Fr. 488.– pro Jahr; Digital Plus: Fr. 33.– pro Monat oder Fr. 368.– pro Jahr; Digital: Fr. 14.50 pro Monat oder Fr. 145.– pro Jahr (inkl. MWST).  
 Technische Herstellung: LZ Print/Luzerner Zeitung AG, Mailhofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 52 52, Fax 041 429 52 89.  
 Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Anzeigen oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte ist untersagt. Jeder Verstoß wird gerichtlich verfolgt.  
 Eine Publikation der

«Wird die Initiative angenommen, muss sich der Bürger keine Sorgen mehr machen, immer mehr Rechte zu verlieren.»



Yvette Estermann  
SVP-Nationalrätin, Luzern

«Die Menschenrechte sind in der Bundesverfassung viel besser beschrieben als in der Menschenrechtskonvention.»



Peter Föhn  
SVP-Ständerat, Schwyz

«Ich kann nicht sagen, ob man die Menschenrechtskonvention kündigen müsste. Die Initiative ist sehr ungenau formuliert.»



Simonetta Sommaruga  
SP-Bundesrätin

«Wenn Rechtsunsicherheit herrscht, sind die Arbeitsplätze in Gefahr. Dann haben wir sozialen Unfrieden.»



Damian Müller  
FDP-Ständerat, Luzern

«Alle Staatsverträge auf Widersprüche zu untersuchen, würde ein Bürokratiemonster sondergleichen schaffen.»



Felix Howald  
Direktor Handelskammer (IHZ)

## In bester Verfassung

**Streitgespräche** Die Selbstbestimmungsinitiative gibt derzeit auch auf Podien viel zu reden. Zwei weitere haben dieser Tage in Luzern stattgefunden. Die schlagkräftigen Kontrahenten haben sich nichts geschenkt.



Damian Müller (l.) und Felix Howald. Bild: Manuela Jans-Koch (8. Nov. 2018)



Roger Köppel (links) debattiert mit Duri Campell. Bild: Boris Bürgisser (Luzern, 7. November 2018)

Der Zuspruch bei politischen Podiumsveranstaltungen ist sehr unterschiedlich: Manche dieser Streitgespräche finden vor überwiegend leeren Rängen statt. Andere wiederum ziehen viel Publikum an. Was aber immer gleich ist: Nur die wenigsten Besucher kommen, um sich vor Ort eine Meinung zu bilden. Vielmehr sind die Fronten nicht nur auf der Bühne, sondern auch im Saal schon von Anfang an klar abgesteckt: Die meisten Zuschauer sind in ihrer Haltung bereits gefestigt, wollen diese aber von prominenter Seite bestätigt sehen. Überdies reden nicht wenige im Publikum am liebsten selber mit – was sich besonders schön während der sogenannten Fragerunde zeigt: Da melden sich viele zu Wort, aber Fragen werden kaum gestellt.

Das Phänomen Podiumsdiskussion liess sich dieser Tage in Luzern zwei weitere Male studieren. Es ging – selbstverständlich – um die Selbstbestimmungsinitiative: Am Mittwoch lud die SVP

des Kantons Luzern in die Business-Lounge der Swissporarena und liess vier Nationalräte zum Duell antreten. Die SVP selber hatte zwei ihrer nationalen Stars aufgeboten – Roger Köppel aus Zürich und Adrian Amstutz aus Bern. Die Gegenseite wurde vertreten vom Bündner BDP-Mann Duri Campell und vom grünen Luzerner Michael Töngi. Moderiert wurde der gut besuchte Anlass von Christian Peter Meier, stellvertretender Chefredaktor dieser Zeitung.

Gestern luden die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz sowie der Gewerbeverband Kanton Luzern zu einer ähnlichen Veranstaltung ins Grand Casino Luzern. Der Stargast an diesem ebenfalls gut besuchten Anlass: Simonetta Sommaruga. Die SP-Bundesrätin beteiligte sich allerdings nicht an der eigentlichen Podiumsdiskussion, sondern vertrat die Haltung der Regierung zur Selbstbestimmungsinitiative in einem Referat. Danach kreuzte wiederum ein Quartett die Klin-

gen. Es waren dies die Luzerner SVP-Nationalrätin Yvette Estermann und der Schwyzer SVP-Ständerat Peter Föhn auf der befürwortenden Seite. Ihnen gegenüber standen der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller und Felix Howald, Direktor der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz. Für die Moderation zuständig war Kari Kälin, Leiter Inland unserer Zeitung.

Die aus unserer Sicht besten Zitate aller Exponenten finden Sie auf dieser Seite. (cpm/lur)

Die Selbstbestimmungsinitiative will die Verfassung als oberste Rechtsquelle festschreiben – selbst wenn sie Verträgen widerspricht, welche die Schweiz mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Damit sollen Initiativen konsequenter umgesetzt werden können. Falls ein angenommenes Volksbegehren abgeschlossenen Verträgen widerspricht, müssten diese künftig neu verhandelt oder aber gekündigt werden.

Die Selbstbestimmungsinitiative wird von der SVP befürwortet, von allen anderen Parteien, vom Bundesrat und von Wirtschaftsverbänden abgelehnt. (cpm)

Die Selbstbestimmungsinitiative will die Verfassung als oberste Rechtsquelle festschreiben – selbst wenn sie Verträgen widerspricht, welche die Schweiz mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Damit sollen Initiativen konsequenter umgesetzt werden können. Falls ein angenommenes Volksbegehren abgeschlossenen Verträgen widerspricht, müssten diese künftig neu verhandelt oder aber gekündigt werden.

Die Selbstbestimmungsinitiative wird von der SVP befürwortet, von allen anderen Parteien, vom Bundesrat und von Wirtschaftsverbänden abgelehnt. (cpm)



Roger Köppel  
SVP-Nationalrat, Zürich



Adrian Amstutz  
SVP-Nationalrat, Bern



Duri Campell  
BDP-Nationalrat, Graubünden



Michael Töngi  
Grüner Nationalrat, Luzern

### Bundesverfassung soll Vorrang haben

Die Selbstbestimmungsinitiative will die Verfassung als oberste Rechtsquelle festschreiben – selbst wenn sie Verträgen widerspricht, welche die Schweiz mit anderen Staaten abgeschlossen hat. Damit sollen Initiativen konsequenter umgesetzt werden können. Falls ein angenommenes Volksbegehren abgeschlossenen Verträgen widerspricht, müssten diese künftig neu verhandelt oder aber gekündigt werden.